

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 2. März 1901.

№ 26.

### Zur Tarifbewegung

hat nun auch Leipzig (siehe Nr. 24) sein Urteil abgegeben, indem es sich für die Tarifrevision aussprach. Leider konnte in der am 22. Februar abgehaltenen Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung infolge des Verhaltens der Gewerkschafter eine Diskussion nicht gepflogen werden, doch hatten sich aus Kollegentreuen Gegner der Tarifrevision nicht zum Worte gemeldet. Nachstehend das Referat des Gehilfenvertreters Eichler in genannter Versammlung:

Kollegen! Wenn der Vorsitzende schon darauf hinwies, daß es sich heute speziell um die Entscheidung der Frage, ob Tarifkündigung oder Tarifrevision, handelt, so ist dabei wohl notwendig, zuvor einen kurzen Rückblick auf die Geschichte unserer Tarifvereinbarungen zu werfen. Bereits aus dem Jahre 1848 datieren die Anfänge vereinbarter Lohn- und Arbeitsbedingungen, die namentlich durch die Beschlüsse der Nationalbuchdrucker-Versammlung in genanntem Jahre in Mainz festere Gestalt annahmen. Schon damals wurde ein Tarif, dem Schiedsgerichte beigeordnet waren, geschaffen und 1852 normierte die Leipziger Zunftung Lehrlingsbestimmungen und einen Tageslohn von 22 Pf. für 1000 n. Grundlegend aber war sowohl für die organisatorische wie tarifliche Tätigkeit der Gehilfen die schon erwähnte Mainzer Nationalversammlung, und wenn auch durch die jeweiligen politischen oder sonstigen Verhältnisse, durch Prinzipale oder Gehilfen veranlaßt, das gegenseitige Vertragsverhältnis wiederholt und auf längere Dauer unterbrochen wurde, so kamen die Angehörigen unsers Gewerbes doch immer wieder darauf zurück. Besonders das Jahr 1873 ist hierfür charakteristisch; wurden zunächst durch einen heftigen Kampf die Gehilfenforderungen durchgesetzt — und Kollegen, wir befinden uns damit hier auf kläglichem Boden —, so wurde gleichzeitig ein Einigungsamt und Schiedsgericht eingerichtet, was später durch eine Tarif-Revisionskommission bezw. Tarifkommission abgelöst wurde. Über alle Versuche, den Tarif der Allgemeinheit der Gehilfen zugänglich zu machen oder die verinteten Prinzipale zur Anerkennung des jeweils geltenden Tarifes zu veranlassen, scheiterten an der Machtlosigkeit der damaligen Tarifbehörden, weil mit der Beratung der Abänderungsanträge eigentlich jede Tätigkeit der Kreisvertreter erschöpft war, höchstens die Kreisvorstände hatten einen eigentlichen Nutzen davon. Es war darum auch erklärlich, daß nach dem erfolglosen 1891/92er Kampfe die Gehilfen von dieser Tarifgemeinschaft nichts wissen wollten, sich davon abwandten und ihre Vertreter ihre Mandate für erfolglos erklärten. Auf diesem Gebiete Wandel eintreten zu lassen war erst der Neuzug vorbehalten und die im Jahre 1896 geschaffenen Tarifbehörden, namentlich das Tarif-Amt, verdienen für die rastlose segensreiche Arbeit im Interesse des Gewerbes volle Anerkennung und Dank. Doch ehe ich auf die Beleuchtung dieser Tätigkeit und ihre Resultate eingehe, will ich noch kurz der prinzipiellen Bedeutung von Tarifvereinbarungen gedenken. Zwei gewerkschaftliche Preßstimmen — die unsern Berufe vollständig fernstehenden Gewerkschaftsorganen entlehnt sind — drücken das für und wider gegenseitiger Vereinbarung am markantesten aus. Das einmal heißt es: „Wenn es dem Unternehmerteume gelingt, die Streiks unmöglich zu machen, verliert die Gewerkschaftsbewegung jede Bedeutung und sinkt kraftlos zusammen“, und im andern Falle: „Der Hamburger Streik (hier ist der vor mehreren Jahren ausgefochtene aber erfolglose Kampf der Hamburger Hafenarbeiter gemeint) wäre nicht injiziert worden, wenn die große Masse organisiert gewesen... es sei Aufgabe, die Masse zu organisieren, um Streiks zu verhüten.“ Hier, Kollegen, sehen Sie die kräftigsten Widerprüche. Während die eine Gruppe Bange hat, ohne Streiks zu verumfunden, propagiert die andre Gewerkschaften, um Streiks möglichst zu vermeiden. Mit dem letztern ist doch zweifellos ausgesprochen, daß nur gutorganisierte Arbeiter ihren Unternehmern Beachtung abringen und mit diesen Verhandlungen ermöglichen können. Es wird also nicht gestreikt um des Streiks willen, sondern der Streik ist nur als ein

Ultimatum zu betrachten, falls die berechtigten Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt bleiben sollten. Auch kann wohl ausgesprochen werden, daß kein Streik ausbricht, dem nicht Verhandlungen vorausgegangen, oder — ganz gleichgültig wie der Streik endete — gefolgt wären. Also allen Arbeitern wohnt mehr oder weniger das Bestreben inne, möglichst ohne Kampf auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Darum ist die ersterwähnte Preßstimme widersinnig und auch ohne jede ernste Bedeutung. Maßgebend aber sind für diese Angelegenheit die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses; wenn in Frankfurt a. M. fast einstimmig anerkannt wurde, daß „tarifliche Vereinbarungen als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten und darum erfrebenswert“ sind, so geschah dies sicher nicht den Buchdruckern zu Liebe, sondern in der Erkenntnis, mit vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft größere Dienste zu leisten als mit ununterbrochenen Kämpfen. Aber eine ganze Reihe von Gewerkschaften, und nicht zuletzt solche, welche sich mit ihrem „modernen Kampfstandpunkte“ in Gegensatz zu den Buchdruckern zu stellen liebten, sind heute schon ähnliche Vereinbarungen wie wir eingegangen; ich nenne besonders die Buchbinder und Tischler. Die Goldschläger in Dresden votierten trotz heftigen Widerstandes ihrer Unternehmer für Festhalten an der Tarifgemeinschaft. Die Maurer — meine besonderen „Freunde“ — einer größeren Stadt stellten im Vorjahre die Forderung auf neunstündige Arbeitszeit sowie 60 Pf. Stundenlohn und vereinbarten dann: „vom 1. April 1900 bis 1. April 1901 zehn Stunden und 55 Pf., vom 1. April 1901 bis 1. April 1902 neuneneinhalb Stunden und 57 1/2 Pf., vom 1. April 1902 an neun Stunden und 60 Pf. Stundenlohn. Trotz dieser Tarifgemeinschaft ist über Heberveien zwischen Unternehmern und der Arbeiterorganisation Klage zu führen. Es geht also auf der bewährten Bahn vorwärts, weshalb auch die Aussprüche über die Form der Vereinbarungen unhaltbar sind. Die einzelnen Gewerbe halten in dieser Beziehung einen Vergleich unter einander gar nicht aus und wenn die Buchdrucker nun schon seit mehr denn einem Menschenalter Tarifvereinbarungen fruchtbar gemacht, während die meisten anderen Berufe es nur erst zu sporadischen Anfängen gebracht haben, so liegt doch nahe, daß wir infolge unserer reichen Erfahrungen bereits weiter mit unseren Tarifvereinigungen gekommen sind. Komme ich nun zu der Wirksamkeit der Tarifinstitution, so beweisen uns zunächst die Schiedsgerichte die Unparteilichkeit dieser Instanz; 1899 wurden 47 Urteile gefällt, von denen 12 zu gunsten der Prinzipale und 35 zu gunsten der Gehilfen ausfielen, weiter wurden 18 Streitfälle durch die beiderseitigen Vorsitzenden der Schiedsgerichte erledigt und davon wieder 15 zu gunsten der klagenden Gehilfen. 1898 fielen von 39 Urteilen 5 zu gunsten der Prinzipale und 24 zu gunsten der Gehilfen aus. Ungleich größer war der Wirkungsbereich des Tarif-Amtes. Dieses hat durch die Verbenbung einer großen Zahl von Petitionen an Behörden, Justizstelle und Vereine erreicht, daß schon die Auftraggeber unserer Prinzipale für die Aufrechterhaltung bezw. Einführung des Tarifes gewonnen wurden; es sei zuerst an die Verfügung des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe erinnert, daß Druckaufträge aus seinem Ressort „auch fernherhin nur Firmen übertragen werden, die den Deutschen Buchdrucker-Tarif schriftlich anerkannt haben“. Auch noch eine beträchtliche Anzahl anderer Staats- und städtischen Behörden hat sich in ähnlichem Sinne geäußert, wobei ich als recht beachtlich die Aeußerung des Großherzoglich Hessischen Ministeriums des Innern noch erwähnen will: nicht nur für sich verbindlich, sondern auch den Großherzoglichen Kreisämtern zur Nachachtung wurde die Berücksichtigung nur tariftreuer Firmen bekannt gegeben. Auch den Lehrlingsausbeutern ist seitens des Tarif-Amtes der Krieg erklärt; wenn auch die gefehlischen Mittel, die übermäßige Lehrlingszahl zu bannen, recht schwach sind, so ist es unsrer obersten Tarifbehörde doch auf dem Verwaltungswege gelungen, einigen der größten Tarifagitanten auf genanntem Gebiete beizukommen. Eine Firma, welche neben 1 Faktor und 2 Gehilfen je einen Lehrling hielt, wurde unter Androhung von 150 Mk. Geldstrafe bezw. 4 Wochen Haft angehalten, die Zahl der Lehrlinge auf drei zu beschränken, und

selbst ein Rekurs an die obere Verwaltungsbehörde hat die Firma von dieser Verpflichtung nicht entbunden. Es kann in Hinblick auf derartige Erfolge wohl die Frage aufgeworfen werden, wären ohne unsre Tarifgemeinschaft, selbst bei dem siegreichsten Kampfe, solche Resultate zu verzeichnen? Ich sage nein! Die paar Großstädte wären durch ihre geschlossene Macht vielleicht in der Lage, momentan höhere Forderungen durchzubringen, aber für die Allgemeinheit, in der jetzigen Ausdehnung niemals. Und würden nicht die Gehilfen der Provinz, der Not gehorchend, scharenweise nach der Großstadt wandern, um auch an den besseren Verhältnissen zu partizipieren und würden nicht gerade bei dem Ueberangebote von Händen unsere eignen Kollegen zu Lohnbrüdern werden? Es muß aber unsre Aufgabe sein, den Großstädten die ungesunde Konkurrenz vom Halse zu halten, das kann aber nur geschehen, wenn die wirtschaftliche Lage eines Berufes über das ganze Reich mehr nivelliert wird. Es ist nachweislich in einer großen Zahl von Provinzorten, in denen früher von Tarif nie die Rede war, gelungen, den Tarif zur Anerkennung zu bringen. Ist hier und da auch noch nicht das Tüpfelchen über dem i in puncto Tarif erreicht, so sind doch materielle Verbesserungen und teils ganz wesentliche unserer Provinzkollegen zu teil geworden und planmäßige Arbeit auf diesem Gebiete wird immer mehr dazu beitragen, den oft durch eine Reihe familiärer Banden an die Scholle gefesselten Provinzkollegen erträglichere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Die neueste Statistik des Tarif-Amtes im Vergleiche mit älteren ähnlichen Ausnahmen belegt nun zahlenmäßig die Verallgemeinerung des Tarifes. Seit 1898 bis 1900 ist die Zahl der Orte mit tariftreuen Firmen um 182 Proz., die Zahl der tarifanererkennenden Prinzipale um 217 Proz. gestiegen, im ganzen waren 1900 in 1018 Orten 3691 tariftreue Firmen mit reichlich 36 000 tariflich entlohnenden Gehilfen vorhanden. Auch die Art der Entlohnung ist seit 1894 zu gunsten der Gehilfen wesentlich verschoben: waren 1894 12 195 Gehilfen über Minimum entlohnt, so konnten 1900 deren 20 274 gezählt werden, 1894 noch 5257 Gehilfen unter Minimum, 1900 nur noch 1781, und ähnlich haben sich nach allen Richtungen die tariflichen Verhältnisse für die Allgemeinheit verbessert. Auch die Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zu den Gehilfen ist gegen 1894 eine günstigere geworden, anstatt der im letzten Jahre vorhandenen 4696 Lehrlinge über die Skala wurden 1900 nur noch 974 überzählige Lehrlinge festgestellt; es ist eben die Verallgemeinerung des Tarifes bedeutend in die Breite gegangen. Bemerkenswert ist, daß das Gehilfenlohn, welches die Tarifgemeinschaft früher einmal unter der Devise „Kfford ist Mord“ als ein erstrebenswertes Prinzip aufstellte, in neuerer Zeit ohne unser Zutun immer mehr Eingang gefunden, allerdings wohl nicht immer zu gunsten der Gehilfen, doch liegt es ja hier zumeist an den Kollegen, ihre Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen. Bei Beurteilung unsrer Tariffrage und der Stellungnahme dazu für die Zukunft darf allerdings die allgemeine wirtschaftliche Lage nicht unberücksichtigt bleiben und bei der jetzt vorherrschenden niedergehenden Konjunktur, wo überall Arbeiter entlassen, die Löhne gekürzt werden, haben wir auch vorsichtig bezüglich eines etwaigen Kampfes zu sein. In der kurzen Zeit von Neujahr bis heute konnte der Corr. in seinen doch nur mangelhaften Berichten über Lohnbewegungen 22 Streiks melden, welche Lohnkürzungen zur Ursache hatten, in 4 Streiks wehrten sich die Arbeiter gegen das Verlangen der Unternehmer, die Organisation zu meiden. Während der ersten drei Vierteljahre 1900 sind 1162 Streiks in Deutschland gezählt, von denen 215 oder 18 Proz. erfolglos für die Arbeiter ausgingen, 423 oder 36 Proz. hatten einen teilweisen Erfolg, 524 oder 45 Proz. aller Streiks waren erfolglos, die Arbeiter mußten zu den alten oder gar noch schlechteren Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen. Es waren entweder zu viel Streikbrecher zugezogen oder die Arbeitsgelegenheit eine ungünstige und dergleichen mehr, kurz und gut, der Streik hat sich im vorigen Jahre wieder als ein recht zweifelhaftes Mittel zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen erwiesen, so daß sich in allen Arbeiterkreisen mehr und mehr die Erkenntnis Bahn bricht, dem Verhandlungswege den Vorzug zu geben. Nach dem Befagten kann ich mich nun der Tagesordnung Tarifkündigung oder Tarif-

revision zuwenden, und da ich wohl zur Genüge nachgewiesen, daß unsere Tarifgemeinschaft sich gut bewährt hat, daß selbst die verbissensten Tarifgemeinschaftsgegner noch nicht in der Lage waren, praktikablere Mittel zur Verfolgung unserer Interessen vorzuschlagen, ist eine Kündigung des Tarifes nicht zu empfehlen. Bei der Tarifrevision ist es uns möglich, alle Wünsche auf eine notwendige Verbesserung unserer Lohnbedingungen anzubringen, weshalb ich auch nur dieser das Wort rede. Es war meine Pflicht, Kollegen, Ihnen alle Seiten unsers Lohnvertrages zu zeigen; ich habe nicht zurückgehalten zu sagen, daß manches am Tarife verbesserungsbedürftig ist, ich muß aber auch erfahrungsgemäß erklären, daß einen bessern Weg für die Gehilfenschaft vorzuschlagen, um in Bezug auf den Tarif zum Ziele zu kommen, ist nicht der Fall, außer die Beibehaltung der Tarifgemeinschaft. Sie, Kollegen, haben nun darüber zu entscheiden!

## Korrespondenzen.

**Elberfeld.** In der am 10. Februar abgehaltenen Bezirksversammlung begrüßte der Vorsitzende zunächst die Erschienenen und drückte zugleich sein Bedauern darüber aus, daß von den Elberfelder Mitgliedern eine so geringe Anzahl erschienen sei. Unter Verbandsmitteilungen wurde ein Zirkular des Geworbestandes vorgelesen. Sodann machte der Vorsitzende noch Mitteilung von unserm Guthaben bei der verkrachten Bankfirma Wittenborff & Co. Die Bankfasse wird danach voraussichtlich mit einem Verluste zu rechnen haben. Zum 2. Punkte der Tagesordnung erstattete der Kassierer seinen Rechnungsabschluß, demzufolge die Einnahme 2514,50 Mk. und die Ausgabe 1623,47 Mk. betrug. Mitgliederstand Ende 1899 145, Ende 1900 151 Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. — Zum Ausschusse kamen die Mitglieder Joh. Braun aus Düren, Karl Bauspel aus Biegenhain und Georg Baum aus Zons bei Neuf wegen Nichterlösung ihrer Bücher. Ferner ausgeschlossen wurde Herr. Englisch aus Radevormwald. Anlässlich des Ausschusses in Wald war E. mit die Triebfeder und führte das große Wort. Infolge verschiedener unsauberer Manipulationen und Anfangens in einer unartificialen Kombination machte er sich unwürdig, dem Verbands noch anzugehören. — Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Josef Schmidt als Vorsitzender, August Peus als Kassierer wiedergewählt und Wilhelm Libbede als Schriftführer neugewählt. — Der Punkt: „Tarifrevision oder Tarifkündigung?“ entwickelte eine längere erregte Debatte, wobei ein Teil für Kündigung und ein Teil für Revision war. Schließlich stimmte die Mehrheit der Tarifrevision zu, unter Zugrundelegung der in der kombinierten Barmer Bezirksversammlung vom 4. November angenommenen Anträge. Ferner stimmte die Versammlung dem Antrage zu, daß die Tarifrevision nur von Organisation zu Organisation zu erledigen sei, also ohne Hinzuziehung der nichtorganisierten Kollegen. — Auch betr. des Ausstandes in der Leipziger Volkszeitung kam es zu Meinungsverschiedenheiten. In der sehr erregten Diskussion erklärten drei Redner, in dem Geschäftsprinzip der L. V. nichts Ungewöhnliches erblickt zu können, während jedoch alle anderen den Leipziger auswärtigen Kollegen der L. V. ihre vollste Sympathie aussprachen. Dieser Punkt wurde schließlich durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Solingen bestimmt. In der Versammlung waren Kollegen anwesend: von Elberfeld 31, Solingen 17, Wald 2, Ohligs 4, Welsberg 1, Langenberg 1, Bohlwinkel 1, Haan 1, Cronenberg 1.

**Röbling.** Am 10. Februar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab. Die Mitglieder waren fast vollständig erschienen. Nach dem eingehenden Berichte des Vorsitzenden ist im letzten Jahre die Mitgliederzahl von zwölf auf achtzehn gestiegen. Es wurden insgesamt zwölf Versammlungen abgehalten. Besonders verdient hervorgehoben zu werden, daß es zur Seitenheit gehörte, wenn ein Mitglied, falls es nicht durch Krankheit verhindert war, der Versammlung nicht beivohnte. Das abgelaufene Jahr ist für den hiesigen Ortsverein ein günstiges zu nennen. Von unser Ortskasse konnte leider der Kassierer nichts Günstiges berichten. Derselbe schließt mit einem ständig anwachsenden Defizit ab. Bei der großen Zahl der durchdrehenden Ausgehenden und Nichtbezugsberechtigten (für dieselben werden 50 Pf. gezahlt) wird wohl der Verein, nachdem vom Bezirke eine Unterstützung abgelehnt worden, an eine Erhöhung des Beitrages denken müssen. Bei der Wahl des Gesamtverbandes wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Nach Eröffnung des geschäftlichen Teiles gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Fargas. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Seiten. Mit einem Appell an die Mitglieder, auch im kommenden Jahre treu zur Sache des Verbandes zu halten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Naumburg.** Unse am 23. Februar abgehaltene Monatsversammlung, welche von etwa 70 Mitgliedern besucht war, begann mit einer Besprechung der Geschäftsführung des Arbeitsnachweises, die einer kleinen Korrektur unterworfen wurde. Das Hauptthema des Abends bildete die Stellungnahme zum Ausstande unserer Kollegen in der Leipziger Volkszeitung und die Schreibweise des Halleischen Volksblattes hierzu. Nach einstündiger ausgiebiger Debatte hierüber gelangte einstimmig die nachstehende Resolution zur Annahme: Die heutige

Bezirksversammlung spricht den Leipziger Kollegen und der Redaktion des Corr. nachträglich ihre Zustimmung aus für ihre Stellungnahme zum Volkszeitungs-Ausstande. Im Anschlus hieran sieht sich die Versammlung gleichzeitig veranlaßt, gegen die Halleischen Volksblätter auch vom Halleischen Volksblatte gegen die organisierte Gehilfenschaft betriebene gänzlich unverantwortliche Schreibweise zu protestieren; sie bedauert ferner insbesondere auch die vom Vertreter des Reichstagswahlkreises Naumburg-Weißensels-Bez. dem Abgeordneten Thiele, als Verfasser der fraglichen Artikel, verurtheilte Redigierfertigung des Streifbruchs der Mitglieder der Buchdrucker-Gewerkschaft als mit den Grundföhen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung unvereinbar und nur geeignet, die Verwirrung in weiteren Arbeiterkreisen und der Sonderbündelei Vorschub zu leisten.

**Odergau.** Da in dieses Jahr das 25-jährige Jubiläum des Odergauer fällt, so machen wir die Mitgliedschaften und Bezirksvereine darauf aufmerksam und bitten, falls eine gemeinsame Feierlichkeit im ganzen Gau gewünscht wird, uns geeignete Vorschläge zur Verarbeitung zu übermitteln. — Ferner eruchen wir die Herren Bezirksvorsteher, der Neueinstellung von Lehrlingen zu Ostern ihre Beachtung zu schenken und bitten dieselben, in Arbeiter- und bürgerlichen Blättern das Publikum über die Verhältnisse in unserm Gewerbe aufzuklären. Die Kosten trägt zunächst die Bankfasse. Wir empfehlen folgende Veröffentlichung: „Wiederum naht die Zeit heran, wo dem Buchdrucker neue Erfahrungsgründe zugeführt werden sollen. Die Herren Buchdruckerbesitzer sind bereits eifrig an der Arbeit, durch verlockende Anzeigen junge Leute, die zu Ostern die Schule verlassen, als Lehrlinge zu gewinnen und sie somit dem Buchdrucker- oder Schriftsetzerberufe zuzuführen. Insbesondere sind es Buchdruckerbesitzer in den mittleren und kleinen Provinzstädten, die fast nur mit Lehrlingen arbeiten und durch Massenentstellungen den Arbeitsmarkt im Buchdrucker- und Schriftsetzerberufe zu verengern. Insbesondere sind es herrschende Elend, hervorgerufen durch zu häufige Arbeitslosigkeit, noch vergrößert helfen. Derartige Geschäfte haben durchaus nicht die Absicht, gute, brauchbare Gehilfen heranzubilden, sondern denselben ist es nur darum zu thun, billige Arbeitskräfte zu erlangen. Mittels dieser billigen Arbeitskräfte sind sie auch im Stande, jedem anständigen Buchdruckerbesitzer die verwerflichste Konkurrenz zu bieten. Hat nun ein in einem derartigen Geschäft ausgebildeter Lehrling seine Lehrzeit beendet, so wird er in der Regel sofort entlassen oder er erhält einen so geringen Lohn, daß die Eltern gezwungen sind, ihren Sohn noch als Gehilfen zu unterrichten. Dadurch, daß die Gesamtzahl nach und nach immer weiter eingeführt wird, werden eine Menge Schriftsetzer brodelos und sind gezwungen, sich einen andern Erwerb zu suchen. Eine Gesamtzahl macht durchschnittlich 3 bis 4 Schriftsetzer überflüssig. Ferner müssen wir noch darauf hinweisen, daß die Sterblichkeit unter den Schriftsetzern oder Buchdruckern eine erschreckend große ist. Das kommt daher, weil dem Buchdruckerberufe vielfach junge Leute zugeführt werden, die schwächlichen Körper sind und die Eltern glauben, zu einem Schriftsetzer sind sie noch kräftig genug. Wie ungesund das Buchdruckerberufe ist, beweist, daß die Reichsregierung sich veranlaßt sah, besondere sanitäre Vorschriften für die Buchdruckereien zu erlassen. Sollten Eltern, Vormünder usw. aber dennoch ihre Kinder resp. Mündel dem Schriftsetzerberufe lernen lassen, so bitten wir dieselben, sie nur solchen Geschäften zuzuführen, wo der deutsche Buchdrucker tarif schriftlich anerkannt ist, wo dem Lehrlinge Gelegenheit geboten wird, auch wirklich etwas zu lernen und wo er, wenn er ausgeleert hat, auch noch als Gehilfe zu angemessenem Lohne weiter arbeiten kann. Wir glauben, dies dem Publikum mitteilen zu müssen, um es vor Schaden zu bewahren. Schriftliche und mündliche Auskunft ist jederzeit zu erteilen bereit der Vorstand N. N.“

**Würzburg.** Ein reiches Material lag gleich zu Beginn des neuen Jahres den Mitgliedern des Gutenbergsvereins zur Beratung vor, so daß für Januar zwei Versammlungen einberufen werden mußten, in welchen dasselbe seine Erledigung fand. Die erste, am 19. Januar, galt der Erstattung des Jahresberichtes für 1900, zu der vor allem Kassierer Vogel das Wort erhielt. Zeigte sein Bericht einerseits das zwar langsame, aber doch erfreuliche Wachsen unsers Vereins, so wirkte andererseits das Zahlenmaterial, das er uns vorführte, etwas deprimierend, denn die Mitgliedschaft Würzburg konnte durch ihre Einnahmen (8750,20 Mk.) nicht alle Anforderungen decken, die an die Verbandskasse gestellt wurden. In allen Unterstützungsabteilungen ergab sich eine Mehrausgabe gegen das Jahr 1899, insbesondere aber bei der Arbeitslosen-, Reise- und Kranken-Unterstützung, so daß der Kassierer über 300 Mk. „aufziehen“ mußte. Besser hat die Bankfasse abgeschnitten, die nach Abzug der Verwaltungskosten noch 265 Mk. bekam. Auch in der Ortskasse ergab sich trotz bedeutender Ausgaben (Gutenbergs-Jubiläum und höherer Krankenstand) eine Zunahme und beträgt das Barvermögen 277 Mk., während 700 Mk. in Pfandbriefen angelegt sind. Für andere Gewerkschaften und in Not geratene Kollegen wurden 96,55 Mk. verausgabt. Der Mitgliederstand betrug zu Beginn des Jahres 165, am Ende 170. Arbeitslos waren 94 Mitglieder 1542, krank 87 Mitglieder 2500 Tage. Dem Kassierer wurde für seine Kassierung und Berichterstattung der Dank der Versammlung durch Erheben von den Seiten ausgesprochen. Der Vorsitzende Hemmerich erstattete sodann den Vereinsbericht. Er erwähnte u. a., daß das Berichtsjahr

wohl eines der ruhigsten der abgelaufenen zehn Jahre war, so etwa wie die Ruhe vor einem ausbrechenden Sturm, den das Revisionsjahr bringen könnte. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden in 10 Versammlungen erledigt und der Besuch der Bezirksversammlungen war durchweg ein guter zu nennen. Die tariflichen Verhältnisse am Orte bezeichneter er ebenfalls als gut, während er als erfreulichen Fortschritt hervorhob, daß die Maschinenmeisterklausel in den beiden größten Druckereien am Plage, Stütz und Richter, aufgehoben wurde. In den übrigen Geschäften kam die Klausel überhaupt nicht zur Anwendung. Der Gesamtbeitrag wird bei der Firma Richter, die allein Gesamtmaschinen am Plage hat, eingehalten. Bei der Firma F. Scheiner kamen Differenzen wegen Bezahlung der Lieferstunden vor, welche jedoch von dem Vorsitzenden des hiesigen Schiedsgerichtes erledigt wurden. Die bundesrätlichen Bestimmungen werden in dem größten Teile der Geschäfte eingehalten. Der Corr. wird hier in 70 Exemplaren gehalten. Der Vorsitzende gedachte noch der so schön verlaufenen Gutenberger und ermunterte zum Schluß die Kollegen zum dringenden nötigen festen Zusammenhalten im neuen Jahre. Für die Gewerkschaftsdelegierten erstattete Kollege F. Schäfer den Bericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Arbeitsluft des Kartells zwar eine sehr rege war, die Organisation der Würzburger Arbeitererschaft aber viel zu wünschen übrig läßt. Zum Schluß der Versammlung erfolgte die Wahl des Vorstandes per Akklamation. Das Resultat wurde bereits im Corr. bekannt gegeben. — Am 26. Januar fand die zweite Versammlung statt, die sich mit der diesjährigen Tarifrevision und Anträgen zum Gantage befaßte. Der Vorsitzende Hemmerich erläuterte in längerer Ausführung den Zweck der Versammlung. Er bezeichneter vor allem eine Lohnerböhung für bringen geboten, da ja bekanntlich alle Lebensbedürfnisse ganz bedeutend im Preise gestiegen seien. Von der Stellung eines Antrages auf Verkürzung der Arbeitszeit sei abzusehen, um eine mögliche Lohnaufbesserung zu erreichen. Im Verlaufe der sich hieran anschließenden Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Mitgliedsversammlung, die sich für Revision des Tarifes ausspricht, ist der Ansicht, daß eine Erhöhung der Grundposition von 15 Proz. als nicht zu hoch gegriffen zu erachten ist und unsere Gehilfenvertreter an dieser Erhöhung unbedingt festhalten sollen. Des fernern wünscht die Mitgliedschaft Würzburg Reduzierung der Lehrlingskafala und Fortfall sämtlicher Ausnahmebestimmungen. Als zu hoch erachtet die Mitgliedschaft die Festlegung des Tarifes auf fünf Jahre. Für den zu Ostern in Augsburg abzuhaltenden Gantag wurde ein Antrag vom Kollegen Günther eingebracht, daß bezugsberechtigten Konditionslose am Orte 25 Pf. Gauzuschuß pro Tag erhalten sollen, sobald sie im Gau 26 Wochenbeiträge geleistet haben. Zugleich solle Gegenseitigkeit mit anderen Gauen angestrebt werden. Eine Erhöhung des Beitrages zur Bankfasse soll jedoch nicht eintreten. Dieser Antrag fand die Zustimmung der Versammlung. Der Vorsitzende Hemmerich erwähnte noch, daß Kollege Rudolf Feldt nunmehr 25 Jahre dem Verbands angehört und sich während dieser Zeit besonders als langjähriger Kassierer viele Verdienste um den Verein erworben habe. Die Versammlung erhob sich zur Ehrung des Kollegen Feldt von den Seiten, worfür dieser seinen Dank aussprach. Damit schloß die Versammlung. Der Besuch der letzten Versammlung war ein sehr guter, es waren 102 Mitglieder anwesend und ist es zu wünschen, daß der Besuch der weiteren Versammlungen ein gleich guter und noch besserer werden möge.

## Kundschau.

Die Antwort des Verbandsvorstandes auf die Broschüre des sozialdemokratischen Parteivorstandes liegt unsrer heutigen Nummer bei. Wir empfehlen die Darlegungen der Verbandsleitung dem eingehenden Studium der Kollegen und vor allem bitten wir sie, nach Möglichkeit besorgt zu sein, daß auch andere Arbeiter davon Kenntnis erhalten, und vor allem diejenigen, welchen die Broschüre des sozialdemokratischen Parteivorstandes zugänglich gemacht worden ist. Seitens des Verbandes wird die Broschüre desselben den Gewerkschaftskartellen zugesandt werden, damit die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch ihre Vertreter über den tatsächlichen Verlauf der Leipziger Angelegenheit unterrichtet werden können.

Das 25-jährige Bezirksvorsteher-Jubiläum konnte am 19. Februar Kollege G. Anders in Waldenburg i. Schl. begehen. Derselbe hatte infolge Ueberanstrengung in dieser Zeit zwar ein Jahr „ausgehört“, in diesem Ruhejahre jedoch das Amt eines Revisors bekleidet. Wir wünschen, daß dieser verdienstvolle Kollege noch recht viele Jahre dem Verbands im allgemeinen und dem Bezirke Waldenburg im besondern seine opferwillige Tätigkeit widmen möge, der Dank und Anerkennung auch an dieser Stelle gebührt.

In Frankfurt a. M. wurde der Buchdrucker Adolf Goldberg, geb. 1872 daselbst, zu einem Monate Gefängnis verurteilt. Derselbe ist beschuldigt, der Firma Schmidt & Köhler, bei welcher er in Stellung war, 30 bis 40 Mk. bares Geld, mehrere Bleiplatten und Schriftmaterial gestohlen zu haben.

In Jena starb am 26. Februar der Buchhändler Hermann Costenoble, geb. 1826 in Magdeburg, in dessen Verlage die Romane und Reisebeschreibungen Friedr. Verlags, die Schriften Livingstones, Heuglins, Schlagintweits u. a. berühmter Reisender erschienen. Auch Werke von bekannten Autoren anderer Gebiete, wie Hoffmüller, Niemeier, Gutzkow, Brachvogel, Bodenstedt, gingen aus seinem Verlage hervor.

Der diesjährige Verbandstag der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter fand in Braunschw. statt. Anwesend waren in Vertretung von 221 Zahlstellen 93 Delegierte. Die Zahl der Mitglieder beträgt 18643. In den Jahren 1899 und 1900 waren 40 Streiks zu unterstützen, bei welchen 60025 Arbeitstage und 203162 Mk. Arbeitslohn verloren gingen. Die Gesamtausgabe für Streiks betrug 111935 Mk., wozu der Verband 94358 Mk. lieferte. Ueber die Streifenunterstützung wurde sehr eingehend verhandelt, auch lag eine ganze Reihe von Anträgen zu dieser Materie vor. Schließlich wurde die beantragte Normierung bestimmter Unterstützungsätze abgelehnt und nur beschlossen, die Unterstützung für verheiratete und ledige gleich zu bemessen. Die Höhe der Unterstützung hat der Vorstand je nach dem Stande der Klasse festzusetzen und wird dieselbe erst vom vierten Tage ab gezahlt. Als sonstige Unterstützungen wurde beschlossen ein Beitrag zu den Begräbniskosten von 25 bis 50 Mk., ein Beitrag zu den Umzugskosten von 10 bis 35 Mk., ein Reisegeld bis zu 30 Mk. Das Verbandsorgan soll vom 1. April ab in sechs Seiten erscheinen unter dem Titel: Der Arbeiter, Organ für sämtliche Bau-, Erd-, Ziegelei- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentralverbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Hierauf wurde über die Abschaffung des Akkordsystems bei den Bauarbeitern debattiert und die Delegierten aufgefordert, für Beseitigung desselben nach Kräften zu agitieren. Die Gehälter der Verbandsbeamten wurden wie folgt festgesetzt: Erster und zweiter Vorsitzender je 1800, Kassierer 1200 und Redakteur 1800 Mk. Vorort bleibt Hamburg.

In Sachen des Kürschnerstreiks in Leipzig fand vor dem Gewerbegericht eine Verhandlung statt, veranlaßt durch die Klage zweier Rauchwarenzurichtereibesitzer gegen 55 Gehilfen auf Wiederaufnahme der Arbeit. Es handelt sich darum, ob gewisse Fellsorten bereits nach geschicktem Fleischen als fertiggestellt anzusehen seien oder ob dazu noch das Einrichten und Beschnitten gehöre. Es wurde im letztern Sinne entschieden und die Beklagten demgemäß zur Wiederaufnahme der Arbeit verurteilt, da sie die Akkordarbeit vor Einstellung der Arbeit nicht beendet hätten. Wegen dieses Urteils soll seitens der Gehilfen Berufung eingelegt werden. Ueber die Forderungen der Gärtnergehilfen in Leipzig (effektive Maximalarbeitszeit für Handels- und zehnjährige für Landwirtschafts- und Stadtgärtnerinnen, 35 Pf für Ueberstunden und Einführung eines Arbeitsnachweises) wollen die Prinzipale nicht mit einer Kommission unterhandeln, sondern es jedem einzelnen Prinzipale überlassen, mit seinen Gehilfen betreffs Aufhebung der Arbeitsbedingungen ins Einvernehmen zu treten. Eine Gehilfenversammlung beschloß, zunächst eine Einigung der beiden bestehenden Organisationen herbeizuführen, im übrigen aber die Forderungen aufrecht zu erhalten.

Die Leipziger Buchbindereibesitzer wollen sich noch immer nicht an ein friedliches Zusammengehen mit den Arbeitern gewöhnen. Jetzt haben sie das Schiedsgericht zum Vorwurfe genommen, um mit den Gehilfen anzubündeln. Sie wollen nur solche Schiedsrichter zulassen, welche bei Mitgliedern des Verbandes arbeiten, und Stellenoffen ausschließen. Damit wäre ihnen das Recht gegeben, unliebsame Schiedsrichter auszuschließen. Diefenhalb eingeleitete Verhandlungen schickerten an dem Widerstande der Unternehmer. Eine Gehilfenversammlung beschloß, den Vorstand des Gehilfenverbandes zu ersuchen, sich beschwerdeführend an den Vorstand des deutschen Buchbindereibesitzer-Verbandes zu wenden, eventuell auf das Schiedsgericht überhaupt zu verzichten und vorzuziehenden Falles nur das Gewerbegericht anzurufen.

In Reinfeld (Hofstein) traten die Tabakarbeiter in den Streik. Die Bergleute der Meis- und Silbergrube Mehlbach bei Hofstadt im Westerwalde haben angeblich seit drei Monaten keinen Lohn erhalten und nun die Arbeit niedergelegt. Bortwas die Leute gelebt haben, das ist in der betr. Notiz nicht gesagt.

Ein Steinbrucharbeiter in Zwickau wurde zu vier Tagen Gefängnis verurteilt, weil er versucht hatte, Arbeitswillige zur Arbeitseinstellung zu nötigen.

Der Bezirksausschuß hat die Aufnahme eines Darlehens von zunächst 100000 Mk. seitens der Stadtgemeinde Magdeburg zum Zwecke der Förderung der Erbauung von kleinen Wohnungen genehmigt.

Das preussische Ministerium macht die Bedingungen bekannt, unter welchen Bauarbeiten im Bereiche der allgemeinen Bauverwaltung in der Staatsbahnbau- und Bergverwaltung vergeben werden sollen. Diefelben beziehen sich lediglich auf sanitätliche Vorschriften. Von Lohn- und Arbeitsbedingungen schweigt die Verordnung und doch wäre es Sache der Regierung, auch in dieser Beziehung dem englischen Muster im Interesse der Beseitigung von Lohn- usw. Streitigkeiten zu folgen.

Die Stadtverordneten in Halle a. S. bewilligten 10000 Mk. zur Ausfüllung von Notstandsarbeiten. Der Magistrat hatte 16500 Mk. verlangt. Die Arbeitslosen sollen in Akkord Steine klopfen.

Die Sächsische Glasfabrik in Radeberg hat nach ihrem Geschäftsberichte im vergangenen Jahre ein brillantes Geschäft gemacht. Der Reingewinn gestattete nicht nur die Verwendung großer Summen für Abschreibungen und Rücklagen für den Reservefonds, sondern auch die Bewilligung von 180000 Mk. an die Aktionäre (gleich 18 Proz. Dividende), von 56000 Mk. als Lantien für Vorstände und Beamte und 5000 Mk. für den Aufsichtsrat. Daß die rastlose, aufreibende, gesundheitsgefährliche und schlecht bezahlte Arbeit der Glasarbeiter hierzu wesentlich beigetragen, davon steht nichts im Berichte, es sind nur etwa 7800 Mk. dem Unterstützungsfonds zugewiesen, der bekanntlich für die Arbeiter eine sehr problematische Bedeutung hat.

Aus Nassau wird gemeldet, daß die Grube Pauline der Gewerkschaft Karls-Güld infolge Niederganges der Metallpreise mit 1. März den Betrieb einstellt. Dadurch sind 110 Mann außer Beschäftigung.

Die fast den gesamten Bergbau Sachsens umfassende Sektion der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft verzeichnet für das Jahr 1900 8894 Unfälle, davon 252, welche den Tod (47) oder eine mehr als dreizehnmöchige Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten.

In Berlin wurde ein Verband Deutscher Schuh- und Schuhhändler gegründet zum Schutze gegen unlauteren Wettbewerb und zur Vertretung der gemeinsamen Interessen. In Leipzig bildete sich ein Verband der Reisebuchhändler Deutschlands.

Das Deutsche Reich hat nach der letzten Volkszählung (1. Dezember 1900) 56345014 Bewohner, davon sind 27731087 männlichen und 28613947 weiblichen Geschlechts. Seit der letzten Zählung (1895) ist die Einwohnerzahl um 7,78 Proz. gestiegen.

Der Große Rat in Bern hat den Antrag betreffend die gesetzliche Ermächtigung der Gemeinden zur Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung und zur Errichtung von Arbeitsämtern auf Antrag der Regierung mit großer Mehrheit abgelehnt.

### Gingänge.

Im Verlage von F. S. W. Diez Nachf. ist soeben zur Ausgabe gelangt Heft 12 und 13 des reich illustrierten Werkes Das hungerrnde Russland. Reiseindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und Parvus. Die beiden Hefte behandeln vorwiegend die gesundheitlichen Verhältnisse im Hungergebiete und die ärztliche Hilfe.

Das im gleichen Verlage erscheinende Lieferungsverzeichnis der Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Burn, ist bis zum Hefte 20 vorgefahren. Die Hefte 19 und 20 behandeln die Harn- und Geschlechtsorgane und deren Erkrankungen, Schwangerschaft, Niederkunft und Wochenbett, die Frauen- und schließlich die Infektionskrankheiten.

Von dem Prachtwerke Das 19. Jahrhundert in Wort und Bild, politische und Kulturgeschichte von Hans Kraemer, mit gegen 1500 Illustrationen sowie zahlreichen farbigen Kunstblättern, Familien-Beilagen usw., komplett in 80 Lieferungen à 60 Pf., liegen die Lieferungen 73 und 74 vor, welche den mit zahlreichen Abbildungen belegten Bericht über die bildenden Künste auf der Weltausstellung fortsetzen. Beigegeben sind zwei Farbendruckbeilagen und ein vierseitiger Familien-Druck der Zeitung von Alt-Paris (Nr. 2 vom 1. Mai 1900).

Das 12. Heft der Modernen Kunst Verlag von Rich. Bong in Berlin) ist als eine großartige Leistung auf dem Gebiete des Illustrationsdrucks zu bezeichnen. Zu nennen sind: A. Springers großes doppelseitiges Bild „Schills Haupt“ wird dem König Jerome von Westfalen gebracht; das Porträt Böttlins von Jul. Krausz; Auf Leben und Tod (Kampf mit Wölfen); R. Wimmers Semiramis und zwei wohlgelegene Farbendruckbilder. Der Umschlag zeigt eine prächtige Winterlandschaft. Der Text ist wie immer mannigfaltig und unterhaltend und ebenfalls reich illustriert.

### Briefkasten.

Km.: Das Gestrichene war absolut nicht zu entziffern. Außerdem würden wir Ihnen empfehlen, die Rückseite gebrauchter Kapeten oder abgerissener Plakate zu beschreiben, dadurch würde Ihre Schrift wesentlich an Deutlichkeit gewinnen. Im übrigen freundlichen Gruß! — F. S. Sch. in Altenburg: Besten Dank und Gruß! — A. D. in Essen: Wir bitten, von Ihrer ständigen Gewohnheit, bei Abfassung von Berichten den Bleistift zu benutzen, im Interesse der Seher abzugeben, auch nicht das Papier auf beiden Seiten zu beschreiben. — F. S. in Berlin: Für die Donnerstag-Nummer traf Ihr Inzerat zu spät ein. — M. in Nördlingen: 1,50 Mk. — Sch. in Breslau: 3,00 Mk.

### Verbandsnachrichten.

Frankfurt-Hessen. Die Wahl der Delegierten zum Gautage findet Samstag den 9. März d. J. statt. Wir machen die Bezirksvorstände hierbei auf § 13 des Gaustatuts aufmerksam und bemerken zugleich, daß der Mitgliederstand Ende des vierten Quartals 1900 maßgebend ist. Das Resultat der Wahl ist seitens der einzelnen Bezirke protokolllarisch festzulegen und sofort dem Gauvorsitzer C. Dominé, Frankfurt a. M., Wielandstraße 2, zu übersenden. Zugleich wird nochmals dringend um Ueberlieferung der noch restierenden Bezirksberichte ersucht. Die Veröffentlichung der Tagesordnung zum Gautage erfolgt demnächst.

Saalgau. Am 21. Februar trat der neugewählte Verwalter Chr. Döls sein Amt an, Gelbendungen und Zuschüssen in Kasernenangelegenheiten sind daher bis auf weiteres an diesen, Halle a. S., Unterstraße 15, alle übrigen Zusendungen und Briefe an August Chemnitz, Halle a. S., Wörmüßlerstraße 106, zu richten.

Württemberg. Gemäß § 13 des Gaustatuts beruft hiermit der Gauvorstand die diesjährige Gauversammlung auf Sonntag den 21. April ein. Die Mitglieder werden auf § 15 des Statuts aufmerksam gemacht, wonach Anträge von Mitgliedschaften sowie von einzelnen konstituierenden Mitgliedern gestellt werden können. Anträge müssen bis spätestens den 19. März in den Händen des Gauvorstandes sein, um mit auf die Tagesordnung und dadurch zur Beratung gestellt werden zu können. — Der Geschäftskreis der Gauversammlung ist in § 17 des Statuts festgelegt.

Bezirk Darmstadt. In der am 14. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: P. Hilbebeutel, Viehfrauenstraße 40, Vorsitzender; Fr. Böhme, Röhldorferstraße 17, Kassierer; Wilh. Döwald, Schriftführer; Ad. Schnabel und Friedr. Speyer, Kontrolleure; Wilh. Ernst, Bibliothekar und Friz Weinheimer, Krankenbesucher. Sendungen an den Vorsitzenden wolle man nur in dessen Wohnung gelangen lassen.

Bezirk Dortmund. Der Seher Heinr. Hamacher, zuletzt in Schwerte in Kondition, wird hiermit aufgefordert, seine Reste (22) an den Kassierer F. Bierig in Dortmund, Guitavstraße 8, einzufinden, widrigenfalls am Quartalschlusse dessen Ausschluß beantragt wird.

Bezirk Gera. Der Frühjahrs-Bezirksversammlung findet Sonntag den 17. März, vormittags 10 Uhr, im Gombornus zu Gera, Leipziger Straße, statt. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern durch Zirkular zu. Anträge sind bis zum 10. März an den Vorsitzenden W. Breinl in Gera, Bauvereinsstraße 14, zu richten.

Bezirk Hildesheim. Der Vorstand für das Jahr 1901 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: August Hausmann, Kaiserstr. 29, erster Vorsitzender; S. Wolpers, zweiter Vorsitzender; Albert Selting, Einumerstraße 88, Kassierer; Rud. Steinbiss, erster Schriftf.; Jof. Fikuart, zweiter Schriftführer; S. Kunze und Jof. Fikuart, Redaktoren. — Als Bibliothekare für den Ortsverein wurden die Kollegen S. Kunze und Joseph Fikuart gewählt.

Bezirk Karlsruhe. Der Vorstand für das Jahr 1901 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Felix Kirten, Schloßplatz 8, erster Vorsitzender; Albert Willi, zweiter Vorsitzender; Friedrich Möhrlein, Kaiserstr. 15, Kassierer; Herm. Goman, Schriftführer; Wilh. Guhl, Bibliothekar; Franz Baumann, Jof. Breuer, Gregor Reiser, Mathias Clemenz, Friz Heel als Beisitzer. Als Reisekassierverwalter wurde Kollege Karl Bonning, Karlsruher 20, gewählt.

Nördlingen. Die Maschinenmeister Aug. Scheel und Waldemar Senger, welche im Jahre 1897 hier in Kondition gestanden haben, werden ersucht, ihre jetzige Adresse umgehend an S. Meyer, Hinterbreite 19, gelangen zu lassen. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Betreffenden auf diese Notiz aufmerksam zu machen resp. deren Adresse selbst einzufinden. Etwaige Auslagen werden gern erstattet.

Darmstadt. Die C. F. Winterische Buchdruckerei ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Hamburg-Altona. (Maschinenmeister-Verein.) Die Adresse des ersten Vorsitzenden lautet: Th. Fahrmarkt, Hamburg, Schumannstraße 61, I; die des Kassierers: Pet. Baumann, Altona, Blicherstraße 5. Sprechzeit des Kassierers ist von 12 bis 2 Uhr mittags nur in seiner Wohnung.

Kaiserslautern. In der Geschäftsbücherei Friedr. Dezhemer hier selbst haben sämtliche Kollegen wegen Nichtbegahlung des Fastnachtsdienstages die Kündigung eingereicht. Konditionsangebote sind daher abzulehnen. — Da in einigen anderen Druckereien dasselbe versucht wurde, aber an dem einmütigen Vorgehen der Kollegen scheiterte, so sind bei Konditionsangeboten zuerst Erfindungen bei Heinr. Merkel, Gasstr. 34, einzuziehen.

Leipzig. Die Buchdruckereien von C. Grumbach und G. Heinrich (Leipziger Volkszeitung) sowie die Schriftgießerei von G. Böttger in Paunsdorf sind für Verbandsmitglieder geschlossen.

Wanne. Laut Beschluß der am 24. Februar abgehaltenen Bezirksversammlung ist die Druckerei Friedr. in Wanne für Verbandsmitglieder geschlossen. Friedr. zählt bei freier Station 6 bis 8 Mk.

### Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Gotha. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden ersucht, dem Seher Thomas Thomsen aus Randers in Dänemark die Hauptb.-Nr. 34903 und dem Seher Jof. Kretschmer aus Dug in Böhmen die Hauptb.-Nr. 39711 einzutragen.

### Verband d. Vereine d. Buchdrucker u. Schriftgießer u. verw. Berufe Oesterreichs.

Leipzig. Der Kollege Albert Steinwald aus Quedlinburg am Harz wird ersucht, das in seinem Besitze befindliche Arbeitsbuch event. etwaige Nachrichten an Ad. Wagner in Leptiz-Schnau, Pragerstraße 121, gelangen zu lassen.



## Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Der erste Monat des neuen Jahres brachte den Buchdruckern außer den noch fortbestehenden drei neuen Konflikte von nicht gerade nebensächlicher Bedeutung, sodass lassen alle Berichte eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage erkennen, so daß die immer etwas stotte Weihnachtsperiode schon wieder der Vergangenheit angehört. Der dritte Schriftgießerkongress in Dresden, die Veröffentlichung der Statistik unseers Tarif-Amtes, die Berliner Versammlungen am 9. und 27. Januar mit ihrem Botschaften für Tarifrevision bildeten die hauptsächlichsten Momente des Berichtsmontates.

Die Buchbinder haben in der nunmehr stattgefundenen Urabstimmung mit 417 Stimmen die vielbesetzte Extrasteuer gegen eine starke Minderheit von 2485 gutgeheißen. Wie sehr diese Minderheit in einem falschen Glauben befangen ist, lehren die neuerlichen Vorläufe der Unternehmer im Buchbindergewerbe in Leipzig und Stuttgart. Die verschlechterte Geschäftslage reizt anscheinend manchen Arbeitgeber zu einer Vergeltung für die in Kriegszeit erlittene Unbill und, wie das nun einmal schon selbstverständlich, Leipzig marschiert darin wieder voran. Die Leipziger Tarifbewegung des Vorjahres verurteilte 54409,32 Mk. Ausgaben, wozu das mit seinen Solidaritätsbezeugungen immer stark renommierte Gewerkschaftsstell 186,65 Mk. durch Sammellisten aufbrachte, mit welcher respektablen Leistung selbstredend die ewige Dankbarkeit der Leipziger Buchbinder gesichert ist. Die zweite Woche wies übrigens die stärkste Beteiligung, nämlich 2603 Streikende auf.

Nach dem Beispiele anderer Größen haben bekanntlich auch die wegen einer vorübergehenden Beitragsrückzahlung dem Buchbinderverbände abtrünnig gewordenen Offenbacher Portefeuilles, in deren Schlepptau sich jetzt auch die Berliner begeben haben sollen, ein eigenes Organ, Portefeuilles-Zeitung benannt, herausgegeben. Unser Ansicht über dergleichen Organisations- wie Platzgründungen ist bekannt, zu welchem Nutzen dieselben ausschlagen nicht minder.

In unserer Uebersicht über die zweite Dezemberhälfte berichteten wir auch über die in Saalfeld abgehaltene Einigungskonferenz des Vereins der Lithographen und Stein drucker mit dem Sonderverbande der Lithographen Leipziger Ursprungs. Wie wir nun der Graphtischen Presse entnehmen, verpürt die Güntersche Richtung gar kein Verlangen, die gefassten Beschlüsse zu verwirklichen; diese Herren haben eben eine ganz andre Meinung mit nach Hause genommen, sie deuten, legen aus und legen unter und beweisen dadurch zur Genüge, daß es ihnen absolut nicht um die im Allgemeininteresse liegende Einigung, sondern nur um die Verdrückung ihres ebenso maßlosen wie geradezu verwerflichen Ehrgeizes zu thun ist. Wir werden über die vom dem Günterschen Lithographen — den wir aus Reinlichkeitsgründen uns natürlich weit vom Leibe halten — in verräterischer Absicht versuchte Verwirrung weiteren Bericht erstatten, sobald abschließende Meldungen vorliegen.

Der vorjährige zehnte Kongress der Steinarbeiter zeitigte den Beschluß, über die Berufsgefahren derselben eingehende Erhebungen anzustellen, deren Ergebnis nunmehr in einer unter Mitarbeit zweier Ärzte vom Reichstagsabgeordneten Calmer verfassten Denkschrift vorliegt bezw. dem Bundesrat mit entsprechender Petition unterbreitet ist. Die Steinarbeiter haben bekanntlich durch den die Atmungsorgane stark angreifenden Steinstaub einen hohen Prozentsatz Lungentruer aufzuweisen. Auf 100 Arbeiter kommen 8,33 Prozent mit entwickelter, 10,77 Prozent mit beginnender Lungentuberkulose, die Erkrankungs ziffer im allgemeinen beträgt bei den Steinbrucharbeitern 37,9, bei den Steinhauer gar 65 Prozent, die Steinarbeiter erreichen deshalb auch nur ein Durchschnittsalter von 36 1/2 Jahren. In der Unfallhäufigkeit überragen die Steinhauer und Steinhauer sogar noch die Bergarbeiter, es kommen nämlich auf 1000 unfallverpflichtete Steinbrucharbeiter 54,3 Prozent Unfälle, davon wieder 13,6 Prozent entbehrliche. Zur Milderung und Verminderung der Berufsgefahren verlangen die Steinarbeiter beim Bundesrat nunmehr bestimmte Vorschriften für die Einrichtung der Arbeitsstätten, Arbeitsstätten und Aufenthaltsräume. Sie verlangen weiter, daß das Eintrittsalter in den Beruf auf das 18. Lebensjahr hinausgeschoben und daß die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden normiert werde. Nach einer im September 1900 bei 6612 Steinarbeitern geschehenen Umfrage beträgt die Arbeitszeit gegenwärtig für 33,32 Prozent 11, für 24,97 Prozent 10 und nur für 2,85 Prozent 8 bis 9 Stunden, obwohl die Gewerbeaufsichtsbeamten mehrfach die Notwendigkeit einer kürzeren Arbeitszeit der Steinarbeiter betont haben.

Die zwölfte Generalversammlung des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenleute ist für den 26. Mai nach Kassel einberufen. Die Frage der Krankenzuschüsse ist von der Tagesordnung abgesehen, nachdem eine darüber vorgenommene Urabstimmung mit 8648 gegen 7068 bei

Errichtung einer solchen verworfen. Ein recht bedenkliches Zeichen ist die überaus schwache Beteiligung an dieser Urabstimmung, denn nicht weniger als 118 Orte mit 10317 Stimmen — das ist nahezu ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft — haben sich nämlich leichtsinniger Weise des bekannten Vorrechtes des souveränen Volkes entzogen.

Von allen Seiten des sieben deutschen Vaterlandes kommen jetzt Nachrichten über Gedingelzürungen, Lohnverschlechterungen (teilweise bis zu 20 Prozent), zunehmende rohe Behandlung und vermehrte Anwendung des gefährlichsten Nullens; auf einer Seite soll der dadurch den Arbeitern erwachene Lohnverlust allein im Dezember 1130 Mk. betragen haben. Angesichts solcher Umstände ist die oben gekennzeichnete Laubheit der Bergarbeiter doppelt befremdlich. — Die Berg- und Hüttenarb.-Ztg. beschäftigte sich kürzlich unter der Stichmarke „Deutsche Gewerkschaftler als Parlamentarier“ mit einem gleichen Artikel der Wieserbischen Westdeutschen Arbeiter-Zeitung. Da wir diese Frage auch schon verschiedentlich und zwar nach unser subjektivem Ansehen behandelt und hierfür ebenso oft dem Scheiterhaufen überantwortet werden sollten, so mögen unsere Leser denn auch die höchste Ansicht darüber in ihrem hauptsächlichsten Punkte wie folgt vernehmen: „Das Blatt (die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung) regt die größere passive und aktive Beteiligung der Arbeiter bei der Aufstellung der Parlamentskandidaten an! Mit gutem Rechte, denn kein Baron oder Graf, kein Prälat oder Bischof, mag er auch noch so tüchtig sein, ist geeignet, als wirklicher Arbeitervertreter zu erscheinen. Da muß das Mitglied der Klasse selbst einspringen. Weshalb sollte das auch nicht sein? Wir sind der Ansicht, daß heute eine vielbeschäftigter Gewerkschaftsführer nicht mehr hinreichend Zeit findet zur thätigsten parlamentarischen Arbeit. Es müssen aber Vertreter der Gewerkschaften in die Parlamente, um dort als Sachverständige den sozialen Fortschritt zu fördern. Darum bessere Arbeitsteilung in den Arbeiterverbänden, um befähigten Gewerkschaftern auch Zeit zur Ausübung eines Parlamentsmandates zu verschaffen! Daß heute die Gewerkschaftsführer Segel, Elm, Sacke, Klotz, Scherm u. a. m. im Reichs- und Landtage als Abgeordnete amtieren, hat der Gewerkschaftsbewegung nur genügt. Unser Wissen ist von „christlichen“ Gewerkschaftsführern nur Schirmer-München parlamentarisch thätig, jedenfalls nicht zum Schaden seiner Berufsgenossen. Wie nützlich wäre es z. B. für die Berg- und Hüttenleute, wenn im preussischen Landtage einige Arbeitervertreter säßen, die selbst ehedem das Berg- und Hüttenarbeiterdasein genossen! Wenn statt mancher Null dem Landtagszentrum Leute wie Frau und Giesberts angehörten, so dürfte das für uns nicht schädlich sein, möchte es nun so oder so kommen. Jedenfalls könnte eine solche Erwerbung beiderseits nur klären wirken.“

Der Zentralverband der Töpfer wird seine fünfte Generalversammlung am 28. Mai in Magdeburg abhalten. Auf der Tagesordnung figurieren auch die Punkte: Die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks, die Arbeitslosen-, Reis-, Kranken- und Sterbe-Unterstützung.

Die Glasarbeiter halten jetzt allenthalben Protestversammlungen gegen die ihnen von den vereinigten Flaschenfabrikanten mit dem seit dem 2. Januar 1901 in Hamburg errichteten, für beide Teile obligatorischen Arbeitsnachweise zugebacht Judrute ab.

Seine fünfte Ordentliche Generalversammlung berief der Vorstand des deutschen Werftarbeiterverbandes zum 28. Mai nach Nürnberg ein.

Der von uns ausführlicher behandelte Streik der Maurer in Halle a. S. hat im weiteren Verlaufe noch zu einem scharfen Zusammenstoße zwischen dem Hauptvorstande des Maurerverbandes, dem Grundstein-Redakteur und dem Berliner Lokalführer Kater geführt. Nach einer vom Berliner Magistrat vorgenommenen Untersuchung verbieten die dortigen Maurer im Vorjahre folgenden Tagesdurchschnittsverdienst: Einen Tagelohn von 5,25 bis 5,50 Mk. bezieht etwa der vierte Teil, der sechste 4,75 bis 5 Mk., ein ganz kleiner Prozentsatz weniger als 4,75 Mk.; vereinzelt kommen auch Lohnsätze von 10 Mk. und darüber vor. Steineträger erhalten 6 bis 8, Poliere 7 bis 8, Putzer 7,75 bis 8 Mk.

Die evangelischen Arbeitervereine werden doch noch einmal auf dem Vertretertage in Speyer die Frage der Gewerkschaftsbewegung grundsätzlich erörtern, um den einzelnen Vereinen Richtlinien zu geben und ihre Stellungnahme zu den Gewerkschaften zu erleichtern. Es hat nämlich in Verfolg des zuletzt in unser Jahresbericht erwähnten Ausschlußbeschlusses, von jeder theoretischen Erörterung über die gegenwärtigen Gewerkschaften abzusehen, lebhafteste Auseinandersetzungen gegeben, die schließlich den Gesamtverbandvorsitzenden Lic. Weber zu der Vertretung auf Speyer veranlaßten. Nach Weber sind hoch gerechnet nur 10000 von den 80000 Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine gewerkschaftlich organisiert, es seien eben „unvereinbare Meinungsgegenstände“ vorhanden, die bei

keiner Aussprache überbrückt werden, ein nochmaliges Referat über die Gewerkschaftsfrage würde dem Gesamtverbande vielleicht schweren Schaden bringen. Eine andre hervorragende Persönlichkeit bezeichnet die Aufgaben der evangelischen Arbeitervereine indes schon präzisier: „Die evangelischen Arbeitervereine haben in den sozialdemokratischen Bildungs- und Unterhaltungsvereinen und ähnlichen Vereinigungen ihre ebenbürtigen Gegner zu suchen, nicht in den Berufsorganisationen. Sie haben keine gewerkschaftlichen Aufgaben zu lösen.“ Dieses Selbstbekenntnis macht allerdings den seither beobachteten Dualismus wohl verständlich, unser Urteil war also nur berechtigt: von Arbeitervereinen kann wirklich keine Rede sein.

Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter hat im vergangenen Jahre um 935 Mitglieder zugenommen, insgesamt zählt er 28985, die bis auf etwa 2000 sämtlich dem Ruhrgebiete angehören. Von den Geistlichen dieses Distriktes wird das Verbandsorgan, der Bergknappe, jetzt rundweg als sozialdemokratisch bezeichnet.

Die schweizerischen Gewerkschaften beschäftigte im verflossenen Jahre in der Hauptsache die Ausführung der Beschlüsse betr. die Neutralisation des Gewerkschaftsbundes und das obligatorisch eingeführte Abonnement der Arbeiterstimme. Hier waren die Resultate durchaus befriedigend, dort liegen sie sehr zu wünschen übrig. 53 Streiks und 62 Lohnbewegungen lassen eine ständige Zunahme von Kraft und Macht der Organisationen erkennen, waren doch 1899 nur 73, 1898 66 Bewegungen zu verzeichnen, denen 1900 mit 115 gegenübersteht. Im ganzen Lande herrscht momentan Arbeitslosigkeit.

In England sind die Bergarbeiterlöhne um 5 Prozent gestiegen, der mit Anfang Februar eine nochmalige Erhöhung zu demselben Satze gefolgt ist. In einem Zeitraume von 17 Jahren waren somit die Löhne um 60 Prozent gestiegen.

Aus der Genossenschaftsbewegung verzeichnen wir folgende Daten: Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat nach vielen Mühen eine Organisation des Kohlenbezuges ermöglichen können. Mit den Syndikaten aller Reviere sind trotz Widerstrebens vorteilhafte Vereinbarungen erzielt, so daß der unersättliche Kohlenwucher wenigstens einige Milderung erbsinnen läßt. — In Ungarn ist von der allgemeinen Arbeitervereinerung Budapests eine Genossenschaft zur Sicherung des Existenzminimums im Entstehen begriffen. Für alle Eventualfälle des Lebens, speziell bei Arbeitslosigkeit soll die Fürsorge der Genossenschaft eintreten. Der Arbeitslosigkeit soll durch das Recht auf Arbeitsgelegenheit entgegen gewirkt werden. Die Mittel will man durch bescheidene Mitgliederbeiträge, dem Gewinne der Konsumabteilung und durch Produktivwerkstätten, in denen die arbeitslosen Mitglieder gegen die Hälfte des ortsüblichen oder genossenschaftlichen Lohnes Vorstandsarbeiten zu verrichten haben, aufbringen. Vorläufig soll von der Errichtung eigener Werkstätten abgesehen und mit Unternehmern entsprechende Arbeitskontrakte abgeschlossen werden. Daß dieser Traum Wirklichkeit werden könnte, bezweifeln wir ganz entschieden; der Widerspruch sind in dem Projekte übrigens so viele, daß dies nicht einmal zu wünschen wäre.

## Korrespondenzen.

r. Braunschweig. Mit welchem Interesse für die nächste Tarifbewegung auch die Mitglieder des hiesigen Bezirksvereins an die Arbeit gehen und welche Hoffnungen sich hieran knüpfen, bewies die am 3. Februar abgehaltene, von mehr als 150 Kollegen besuchte Versammlung. Als Gäste waren anwesend der Bauvorsteher und Bezirksvertreter Kapproth und das Mitglied des Bauvorstandes Kollege W. Rosenbruch. Nachdem der Vorsitzende Schwette die Versammlung eröffnet, wurden vorerst einige geschäftliche Angelegenheiten sowie zwei Aufnahmegelegenheiten im zustimmendem Sinne erledigt. Zu dem nun folgenden Hauptpunkte der Tagesordnung: Die bevorstehende Tarifrevision und Beratung der hierzu zu stellenden Anträge, erteilt zunächst Kollege Gorbian das Wort. Derselbe führte aus, daß die in voriger Versammlung mit der Vorberatung der Anträge beauftragte Kommission in drei Sitzungen ihre Aufgabe erledigt und den gegenwärtigen Tarif einer eingehenden Beratung unterzogen habe. Dergleichen habe eine Subkommission sich mit dem § 29 des Tarifes befaßt und hierzu einen besonders Zeitungstafel ausgearbeitet. Die Kommission stehe auf dem Standpunkte, daß im allgemeinen eine Erhöhung der Grundposition und des gewissen Geldes um 10 Prozent eintreten müsse, daß ferner, da Braunschweig bezüglich der Lebensmittel- und Wohnungsverhältnisse den übrigen Großstädten nicht nachstehe, ja diese vielfach über-treffe, für Braunschweig ein Lokalzuschlag von 25 Prozent zu beantragen sei; für Wolfenbüttel sei die Festsetzung eines Lokalzuschlages von 10 Prozent unbedingt notwendig. Des weitern begründet Redner u. a. noch folgende An-

träge: Bezüglich der Maschinenmeister-Klausel sowie der Ausnahmestimmungen für Städte unter 6000 Einwohner; im § 19 den letzten Absatz durch folgenden zu ersetzen: „Aus von berechnenden Sechern heraufstellenden Arbeiten dürfen Zeile (Vorteile) denselben nicht entnommen, um im gewissen Maße oder sonst von anderen Sechern hergestellt zu werden. Das Manuscript ist der Reihe nach zu verteilen“; Erhöhung der Ueberstunden-Entschädigung für die ersten beiden Stunden um je 10 Pf., für die weiteren Stunden um je 5 Pf.; im § 36 (Kündigungszeit) die Worte „sofern nicht ein andres Ueberentommen stattegefunden hat“ zu streichen; die Befristungsfrist für Setzer und Drucker gleichmäßig wie folgt festzusetzen: bis zu 4 Gehilfen 1 Lehrling, 5 bis 10 Gehilfen 2 Lehrlinge, 11 bis 16 Gehilfen 3 Lehrlinge, 17 bis 22 Gehilfen 4 Lehrlinge, 23 bis 30 Gehilfen 5 Lehrlinge, 30 bis 40 Gehilfen 6 Lehrlinge und je weitere 10 Gehilfen 1 Lehrling mehr, den letzten Absatz dieses Paragraphen überhaupt zu streichen; Geltungsdauer des Tarifes höchstens 3 Jahre. — Ueber den von der Kommission vorberathenen Zeitungstarif berichtete Kollege Reuter. Das immer mehr hervortretende Bestreben der Prinzipale bzw. Faktoren, den berechnenden Zeitungsetzern den sogenannten „Speck“ zu entziehen, das Fehlen klarer Bestimmungen im jetzigen Tarife über die Berechnung der verschiedenen Sargarten in den Zeitungen wie auch über den berechtigten Anspruch der berechnenden Setzer an den Vorteilen einer Zeitung und die hieraus resultierenden zum Teile sich völlig widersprechende Urteile der Tarifseidgenossen; ferner die Einführung der Segnalmaschinen, denen in vielen Fällen der vorteilhaftere Satz (Roman, Feuilleton usw.) zugeschoben werde, ließen die Schaffung von Ergänzungsbestimmungen zum § 29 des Tarifes im Interesse der Gehilfen sehr geboten erscheinen. Die Kommission habe sich deshalb zur Stellung eines diesbezüglichen Antrages in Verbindung mit einer Resolution entschlossen und einen besondern Zeitungstarif, ähnlich wie ein solcher früher schon in Berlin zu Recht bestanden, ausgearbeitet. Redner verliest und erläutert hierauf die wichtigsten Bestimmungen dieses Tarifes, mit dessen Annahme bei den demnächstigen Tarifberatungen einem berechtigten Wunsche Rechnung getragen und die Zahl der Streitigkeiten gerade in Zeitungsdrukereien erheblich reduziert werde. Hierauf nahm als Referent über Gehilfenvertreter unser Kreis, Kollege Klapproth, das Wort. Einleitend warf Redner einen geschichtlichen Rückblick auf die Kämpfe der Gehilfenschaft und auf die Tarifgemeinschaft in den 70er Jahren und besprach dann, in eingehender Weise den großen 11er Streik, welcher namentlich ein Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit gewesen. Leider seien hierbei die Braunschweiger Gehilfen weniger engagiert gewesen, doch sei anzunehmen, daß jetzt und auch in Zukunft ein anderer Geist die hiesige Kollegenchaft beherrsche. Wenn wir in diesem gewaltigen Kampfe infolge des Verhaltens der Buch-Kollegen (Streikbrecher) unterlagen, so seien wir doch nicht geschlagen, das beweise, daß die 1891 seitens der Prinzipale strikte abgelehnte Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit schon im Jahre 1896 eine teilweise Realisierung gefunden. Was die jetzige Tarifgemeinschaft anbetreffe, so müßten auch die ärgsten Gegner den Nutzen derselben für die Gehilfenschaft zugeben; im Vergleiche zu den früheren Tarifgemeinschaften, welche man als solche ohne Kopf und Schwanz bezeichnen könne, müsse heute anerkannt werden, daß im allgemeinen auch die Prinzipale ehrlich bestrebt sind, an der Durchführung des Tarifes mitzuwirken und für geordnete Verhältnisse in unserm Gewerbe mit Sorge zu tragen. Allerdings sei es nicht möglich, bei etwaigen Konflikten und Arbeitseinstellungen die Prinzipale mit zu den Kosten heranzuziehen, aber dieses sei unsererseits auch nicht einmal zu wünschen. Redner erläutert dann ausführlich die Tarifinstitutionen, durch die die Tarifgemeinschaft erst ihre Bedeutung erhalten und deren Tätigkeit es zu verdanken, wenn jetzt 38000 deutsche Buchdruckergehilfen zu tariflichen Bedingungen arbeiten. Zu konstatieren sei, daß die Buchdrucker in den letzten fünf Jahren ein Stück Kulturarbeit geleistet. Merkenswert — dies wolle er besonders hervorheben — müsse auch des Tarif-Amts-Beamten Schicksal gedacht werden, der sich um die heutigen tariflichen Verhältnisse große Verdienste erworben. Zur demnächstigen Tarifbewegung übergehend, erwähnte Redner die stattgefundene Gaudovorsichtkonferenz und die daselbst gefassten Beschlüsse. Zu der Frage, ob Kündigung oder Revision des Tarifes, habe auch die letzte Generalversammlung Stellung genommen und sich für Revision ausgesprochen. Eine Kündigung des Tarifes sei schon deshalb nicht zu empfehlen, weil diese die tarifreuen Prinzipale ihrer Unterschrift entbinde, was bei Revision nicht der Fall. Die immer mehr zur Einführung gelangende Segnalmaschine sowie die schlechte Konjunktur hielten allerdings eine Verkürzung der Arbeitszeit für erforderlich, ob aber für eine solche Forderung jetzt die geeignete Zeit und auch bei den Kollegen augenblicklich hierzu der nötige Idealismus vorhanden, sei fraglich. Unsere Forderung müsse diesmal sein, eine allgemeine materielle Besserstellung der Gehilfenschaft herbeizuführen, und stimme er dem von der Kommission vorgeschlagenen Antrage auf Erhöhung der Grundposition und des gewissen Gehaltes um 10 Proz. zu. Bezüglich der Ausnahmestimmungen für kleinere Städte sei er für Wegfall derselben, ebenso halte er die Maschinenmeisterklausel für überflüssig. Wenn die Lokalschlüsse zu hoch, dann sei zu befürchten, daß die Druckerarbeiten in der Provinz hergestellt würden. Da

von einer Verkürzung der Arbeitszeit abgesehen, so sei die weitgehende Einschränkung der Ueberstunden angestrebt und vielleicht die Festsetzung einer bestimmten Zahl von Ueberstunden, welche nicht überschritten werden dürfe, zu bejournen. Betreffs des beantragten Zeitungstarifes glaubte der Referent, daß einige Paragraphen desselben gegenüber den jetzigen Bestimmungen eine Verschlechterung bedeuteten und eine Abänderung derselben ratsam sei, auch wiederhole sich vieles aus dem allgemeinen Tarife; jedenfalls werde aber seitens der Gehilfenvertreter alles versucht werden, um auch bezüglich des Zeitungstarifes bestimmte Normen zu schaffen. Die Dauer des Tarifes müsse von dem Entgegengkommen der Prinzipalvertreter abhängen und sei darum ein diesbezüglicher Antrag zweifellos. Redner erklärte am Schlusse seines mit lebhaftem Beifalle aufgenommenen einstündigen Referates, daß er die Wünsche der Braunschweiger Kollegen energisch vertreten werde. In der nun folgenden Diskussion, an welcher sich eine Anzahl Kollegen sowie der Referent wiederholt beteiligten, fanden die einzelnen Anträge noch eine eingehende Erörterung, so wurde namentlich unter Hinweis auf den Fall Jänedes-Hannover eine präzisere Fassung des Kündigungsparagraphen sowie die beantragte Befristungsfrist und die Annahme des Zeitungstarifes entschieden befürwortet, auch eine tarifliche Regelung der Arbeitszeit für Lehrlinge für notwendig gehalten. Definitive Beschlüsse wurden nicht gefaßt, sondern die Anträge zur nochmaligen Beratung an die Kommission zurückverwiesen. Nachdem Johann noch einige unwesentliche Angelegenheiten verhandelt, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

**N. Gera.** Die Ordentliche Generalversammlung des Ortsvereins Gera fand am 9. Februar statt und war von etwa 50 Mitgliedern besucht. Nach Vorklang von vier Aufnahmen wurde zu den Jahresberichten übergegangen, aus denen folgendes mitgeteilt sei: Zu Anfang des Jahres waren in Gera 96 Mitglieder vorhanden, am Schlusse 103. Außer der Ordentlichen Generalversammlung fanden nur 6 Monats- und 2 Bezirksversammlungen statt; der Versammlungsbesuch war durchweg ein schlechter. Hinsichtlich der tariflichen Verhältnisse sind Aenderungen nicht eingetreten. Die Ortskasse hatte im verfloßenen Jahre eine Reineinnahme von 860,80 Mk. und eine Ausgabe von 608,08 Mk.; das Vermögen hat eine Zunahme von 252,72 Mk. erfahren und betrug Ende 1900 795,57 Mk. Der Mitgliederstand betrug im Bezirke Ende 1899: 142, Ende 1900: 147 Mitglieder. Seitens der Revisoren wurde das Kassennachen beurteilt und der Vorstand ernannt, mit Restanten streng nach dem Statut zu verfahren. Beitrags- und Unterstützungssätze der Ortskasse wurden in der bisherigen Höhe belassen. Dem Vorstande wurde eine Remuneration von 45 Mk., den beiden Kartellvertretern eine solche von 10 Mk. zuerkannt. An der Jubelfeier des Gaus in Weimar beteiligten sich von Gera 57 Mitglieder; der Ortsverein selbst hielt noch eine kleine, aber würdige Feier am 4. Juli hier ab. Die Wahlen zum Vorstande zeitigten das in Nr. 20 des Corr. veröffentlichte Resultat. Der Bericht der Kartellvertreter hatte eine längere Aussprache zur Folge, die ihren Abschluß erst in einer acht Tage später abgehaltenen Außerordentlichen Generalversammlung fand. Einer unserer Kartellvertreter hatte im hiesigen Gewerkschaftstabelle die Leipziger Streikangelegenheit zur Sprache gebracht und eine Resolution eingebracht, deren Schlußsatz die eingesprungenen Secher als Streikbrecher kennzeichnete. Das Kartell lehnte aber diese Resolution ab und nahm eine solche an, in der dieser Streikbrecherpassus weggelassen. Die hier erscheinende sozialdemokratische dienstliche Tribüne übte wegen dieses uns immerhin günstigen Beschlusses abfällige Kritik an dem Kartelle und konnte es auch nicht unterlassen, den Buchdruckern im besondern eins auszuweisen. Diese Thatsache gab Veranlassung zu einer Preßfehde zwischen der Tribüne und dem freisinnigen Tageblatte. Durch Angriffe auf seine Person beantragte legte der eine Kartellvertreter sein Amt nieder. Der Exrakt der langen Aussprachen in beiden dieser Versammlungen ist in folgender Resolution wiederzugeben: „Mit Bezug auf die in der letzten Zeit von der Neussischen Tribüne und dem Gera'schen Tageblatte gebrachten Aeußerungen über die Stellungnahme des hiesigen Gewerkschaftstabelle zum Streik in der Leipziger Volkszeitung erklärt der Ortsverein Gera von Verbände der Deutschen Buchdrucker 1. das Recht des Kartells, sich zu diesem Streik zu äußern, für unbedingten; 2. sich mit dem Verhalten ihrer Vertreter im Kartelle vollständig einverstanden; 3. die der Leipziger Volkszeitung zu Hilfe Gesprungenen und Stehengebliebenen als „Streikbrecher“ und bebauert 4) die bei der Preßfehde zwischen Tageblatt und Tribüne zu beobachtene gewesene Antipathie der letztern gegen den Deutschen Buchdruckerverband.“ Die Absätze 1 und 3 der Resolution wurden einstimmig, 2 und 4 gegen zwei Stimmen angenommen. Die Gesamtresolution wurde gegen drei Stimmen angenommen. Die Wahl eines zweiten Kartellvertreters ergab ein völlig negatives Resultat; kein Kollege erklärte sich bereit, das Amt anzunehmen, und wurde in der Debatte verschiedentlich der Wunsch ausgesprochen, überhaupt keinen Vertreter wieder ins Kartell zu schicken. Einleitend verliest einer der Vorstandsmitglieder die Funktionen des zweiten Kartellvertreters.

**K. R. Kapstadt.** Ende Januar. Das neue Jahrhundert scheint sich ja ganz nett einzuführen. Wurden wir am Neujahrsmorgen durch den Schredenruf: Hannibal ad portas!, d. h. die Buren vor den Thoren Kap-

stadt, aus dem Schiumer geweckt, so hieß es einige Tage später: Zu den Waffen! und jung und alt, krumm und lahm, schwarz und weiß, saßen sich genötigt, bei Anbrohung von Entlassung dem Rufe der Erziehung Folge zu leisten und sich für die Stadtpolizeistat anwerben zu lassen. Seit dieser Zeit herrscht hier ein Leben und eine Aufregung, wie ich ähnliches seit Anfang dieses unglückseligen Krieges noch nicht gesehen habe. Da wird gedrullt und einbezogen, links um schwenkt und rechts um kehrt kommandiert und auf jedem Plaze und in jeder halbwegs breiten Straße, wo der Verkehr nicht gar zu lebhaft ist, sieht man nach Feierabend die bunt durch einander gewürfelten Verteidiger Kapstadts mit mehr oder weniger Eleganz den militärischen Übungen obliegen und jederzeit eifrig bemüht, in der Kunst des Schnelllaufens und der Waffenhandhabung sich unterrichten zu lassen. Daß unter dieser Schaar auch eine große Anzahl Jünger Gutenbergs zu finden, bedarf wohl kaum des Hinweises. Will doch keiner, der englischer Unterthan, in puncto Vaterlandsliebe dem andern nachsehen und sieht doch so mancher sein loyales Herz erst höher schlagen, sobald er seine Adonisgestalt mit Kasimiform und Schlapphut angesetzt sieht. Vielen allerdings erschien es als Gebot der Klugheit, dieser „Town-Guard“ beizutreten, wollten sie doch nicht Gefahr laufen, in der jetzigen schwierigen Zeit ihre Stellungen zu verlieren, was für Verheiratete mit Familie keineswegs eine leichte Sache gewesen wäre. Daß aber Fremde, die durchaus nicht gezwungen werden konnten, dieser Bürgerwehr beizutreten, sich derselben doch einreihen, das ist bebauerlich. Allein dies ist Gewissens- und Rückgratfrage und jeder einzelne hat das mit sich selbst auszumachen. Wir leben eben im Zeichen der Ueber-rasungen. Aber mit all den Ueber-rasungen, die uns die Buren durch ihren Wiedereinzug in die Kolonie gebracht, haben sie uns auch den großen Belagerungszustand (Martial Law) beschert und hiermit in direkter Weise dem Buchdruckergewerbe schweren Schaden zugefügt. Denn nicht allein durch das Eingehen fast sämtlicher Zeitungen Transvaals und des Orange-Freistaates sind dem Gewerbe große Verluste zugefügt, sondern namentlich auch durch die neuerdings erfolgte Proklamierung des Kriegs-gesetzes in der Kapkolonie wie in Natal, wodurch alle Oppositionsblätter unterdrückt worden sind, hat die Kollegenchaft sehr schwer zu leiden gehabt. Selbst hier in Kapstadt, wo bis jetzt nur der kleine Belagerungszustand existiert, hat bereits das alte holländische Blatt Ons Land sein Erscheinen einstellen müssen und auch die South African News, die mit größter Mäßigung nur gegen den Krieg und gegen die Annexion der Republik geschrieben haben, werden in Anbetracht der vielen Schwierigkeiten, die ihnen in den Weg gelegt werden, sich wohl schwerlich noch lange über Wasser halten können. Freisten sie ihr Leben dennoch weiter, so greift man zu anderen Mitteln und macht es mit ihrem Redakteur einfach ebenso wie man es mit den Redakteuren von Het Dosten, dem Worcester Advertiser und Ons Land gemacht hat, man setzt ihn kurzweg frei. Wegen Veröffentlichung von Briefen aus dem Orange-Freistaate, worin über die Greuelthaten der englischen Soldaten berichtet wurde, hat man diese drei Redakteure verhaftet, dann gegen Bürgschaft freigelassen, jetzt aber wieder verhaftet und nun sitzen sie hinter Schloß und Riegel und harren der Dinge, die da kommen sollen. Wie lange das dauern mag? Wer weiß es. Denn durch das Hinscheiden der Königin von England hat sich das hiesige Hochverwaltungsgericht wegen allgemeiner Landesstrauer bis gegen Mitte April vertagt und alle diesbezüglichen Verhandlungen dürften demnach vor einem Vierteljahre wohl kaum ihren Anfang nehmen. Schöne Aussichten! Aber nicht bloß in dieser Angelegenheit sind die Aussichten schlecht, auch in unserm Zweigvereine der Typographischen Union sieht es windig aus — ich doch unser Kassierer mit der annehmbaren Summe von 2000 Mk. auf und davon gegangen. Darob natürlich großes Geschrei. Die Schuld an der bedauerlichen Affaire trifft aber zum größten Teile die Kollegenchaft selbst. Unzufrieden und mißgestimmt über die allgemein traurige Lage im Gewerbe vernachlässigte sie auch das unbedingt notwendige Vereinsleben und so hat es sich ereignen können, daß wegen Mangels eines Quorum's fast ein ganzes Jahr lang keine Versammlung stattgefunden hat. Diese Laizheit der Kollegen hat sich der laubere Herr Knapp, unser Ex-Kassierer, zu Nutze gemacht und durch Fälschung der Namen der Vertrauensmänner es fertig gebracht, die angegebene Summe von der Bank zu erheben. Es ist ein harter Schlag für unsern jungen Verein, und schon fürchte ich, daß es zur Auflösung kommen würde. Zum Glück ist dies aber abgewendet worden und nun heißt es wieder fleißig arbeiten, um das gut zu machen, was durch Nachlässigkeit verschuldet.

#### Gestorben.

In Berlin am 27. Januar der Seher Ad. Fürst, 27 Jahre alt — Lungenschwinducht; am 31. Januar der Seher David Weißer, 21 Jahre alt — Lungenschwinducht; am 5. Februar der Seherinbald Wilhelm Tief, 68 Jahre alt — Herzleiden; am 6. Februar der Seher Ad. Krusch, 22 Jahre alt — Lungenschwinducht; am 10. Februar der Seher (Metteur der Kreuz-Zeitung) Ab. Deuter, 58 Jahre alt — Lungentzündung (D. machte 1864 den schleswig-holsteinischen Krieg und die Erstürmung der Dippelber Schanzen mit); am 15. Februar der Drucker Gustav Bötsch, 57 Jahre alt — Blutabergeschwulst.